

um ein auf vier Prozent und die Mindestreservesätze* der Banken um zehn Prozent, Mitte Dezember noch einmal die Mindestreservesätze um zehn Prozent, und stellte damit etwa 1,5 Milliarden Mark kalt. Aber die Instrumente der Notenbank haben sich schon in der Vergangenheit bei Überliquidität als unzulänglich erwiesen (SPIEGEL 51/1959)

So stehen der handfesten Aussicht auf eine allgemeine Preiserweichung nur geringe und zudem wenig zuverlässige Kräfte entgegen:

- ▷ die Möglichkeit billiger Einfuhren,
- ▷ die Möglichkeit, die Devisenüberschüsse durch Kapitalexport zu vermindern und
- ▷ die unverändert hohe Sparneigung der westdeutschen Einkommensbezieher.

Ob allerdings die westdeutsche Industrie in diesem Jahr noch einmal von einer Baisse der internationalen Rohstoffpreise profitieren können, ist ebenso fraglich wie die Bereitschaft, solchen Kostenbonus den Endverbrauchern durch niedrigere Preise auch zukommen zu lassen. Die billigen Rohstoffimporte der beiden vergangenen Jahre haben sich jedenfalls nicht preissenkend ausgewirkt. Problematisch bleibt auch der Einfluß billiger Importe von Fertigwaren, etwa aus den asiatischen Niedrigpreisländern oder den europäischen Agrarstaaten. Derartige Zuflüsse werden durch Kontingente und die perfektionierte Marktordnung klein gehalten.

Ebenso muß es als unsicher gelten, ob der bei steigenden westdeutschen Exporten und Zinssätzen entstehende Devisenreichtum durch verstärkte Zahlungen an das Ausland kompensiert werden kann. Das Angebot Bonns, 800 Millionen Mark Schulden an die USA vorzeitig zurückzuzahlen, oder die im laufenden Jahr fälligen Rüstungszahlungen an ausländische Lieferanten in Höhe von 1,5 Milliarden Mark nehmen sich nicht sehr wirkungsvoll aus neben der gegenwärtigen Zuwachsrate der Devisenüberschüsse.

So wird das westdeutsche Sparwunder ziemlich allein dafür herhalten müssen, das Preiskarussell ein wenig zu bremsen. „Schon seit 1957“, attestierte Bundesfinanzminister Etzel dem Konsumentenvolk in seinen „Vorbemerkungen“ zum kommenden Etat, „nimmt der private Verbrauch weniger zu als das Bruttosozialprodukt.“ Für 1959 nimmt das Bundeswirtschaftsministerium ein Ansteigen des privaten Verbrauchs um fünf Prozent an. Die anhaltende Neigung, einen nennenswerten Teil des Einkommens nicht an den Ladentischen zu verjubeln, sondern zu sparen — die Sparquote der westdeutschen Masseneinkommen lag auch im vergangenen Jahr bei etwa neun Prozent, die Spareinlagen stiegen von 36 Milliarden auf rund 42 Milliarden Mark — dämpft die unmittelbare Konsumnachfrage und ist damit gegenwärtig die einzige spürbare Preisbremse.

Mithin bietet gerade das Verhalten der westdeutschen Lohn- und Gehaltsempfänger kaum Anlaß zu der heftigen Polemik, die Ludwig Erhard als bewährter Seelenmassenführer dem „Volk“ schlechthin andeuten ließ: „Eine Gefahr“, so folgerte er mehr rhetorisch als schlüssig vor dem Bundestag, „droht nicht aus den Preisen, sondern sie droht von der Maßlosigkeit, die unser gesamtes Volk mehr und mehr erfaßt.“

Die Reaktion der Gewerkschaften auf das ministerielle Sprücheklopfen ließ denn

auch wenig Zweifel an der gereizten Tonart, in der sich die Lohnkämpfe des Jahres 1960 abspielen werden. Ereiferte sich der DGB: „Diesen Anspruch der Arbeitnehmer auf gerechte Beteiligung (am Ertrag ihrer Arbeit) als ‚maßlos‘ zu bezeichnen, ist nur unter Zugrundelegung eines völlig einseitigen Interessentenstandpunktes verständlich.“

Auch bei den Unternehmern fanden Erhards Appelle wenig Anklang. Lästerte die industriebegeisterte „Deutsche Zeitung“: „Maßappelle, wie sie der Bundeswirtschaftsminister ... liebt, sind nicht Methoden der Marktwirtschaft, sondern der Zwangswirtschaft ... Gegenüber Verbrauchern und Erzeugern erweisen sie sich ... als schädlich.“

Somit hatte sich Erhard in die Rolle des freudig begrüßten prominenten Prügel-



Schänder Schönen, Polizeibeamter: Der Vater sagte sich los

knaben manövrieren lassen. Es nützte ihm wenig, daß er seine wirtschaftspsychologischen Standpauken mit kräftigen Demonstrationen eines Dicke-Zigarre-Optimismus ausbalancierte („Die Konjunktur des Jahres 1960 ist gefestigt“) und treuherzig versicherte, er wolle nicht mit übereilten Alarmsrufen schlafende Hunde wecken.

Die Atmosphäre war schließlich erregt genug, um dem Allvater Adenauer einen wirkungsvollen Auftritt als gutachtenheischender Schiedsrichter zu sichern. Er betraute den Notenbankpräsidenten mit der Lohn-Preis-Expertise — eine Aufgabe, die normalerweise dem Bundeswirtschaftsminister zufallen mußte.

Inzwischen schmiedete der Kanzler das heiße Eisen der Konjunktursorgen weiter für seine Werbezwecke: Er veranlaßte alle an Wirtschaftsfragen interessierten Bundesminister, das Konjunkturpalaver am 5. Januar in einer Sondersitzung fortzusetzen.

SYNAGOGEN-SCHÄNDUNG

Die Nacht von Köln

Einsoeben alarmierter Funkstreifenwagen der Kölner Polizei rollte in der Heiligen Nacht an die Synagoge in der Roonstraße heran, und die zwei Insassen sahen das Unglaubliche. Kalkigweiß leuchtete vom Mauerwerk des Gotteshauses eine Inschrift: „Deutsche fordern Juden raus.“

Das Geschmiere am Sockel der Synagoge, die erst am 17. Elul 5719 — dem 20. September 1959 — geweiht worden war, wurde zum innenpolitischen Thema des ausgehenden Jahres. Kommentare dazu beherrschten die aktuellen Fernsehsendungen an den zeigungslosen Weihnachtstagen — der nordrhein-westfälische Innenminister Dufhues trat deswegen dreimal vor die Fernseh-

kameras —, und die letzten Zeitungsschlagzeilen von 1959 beschäftigten sich mit den Folgen des Frevels am Haus des ältesten jüdischen Kulturzentrums auf deutschem Boden*.

Als der Funkstreifenwagen vor der Synagoge eingetroffen war und der Streifenführer über Sprechfunk Verbindung mit dem Polizeipräsidium aufnahm, um Verstärkung anzufordern, schien unverhoffte Hilfe durch eine zivile Limousine zu kommen. Der einsame Fahrer kurbelte das Seitenfenster herunter und wies die Beamten auf einen Lieferwagen in der nahegelegenen Schmalbeinstraße hin, der ihm verdächtig erschien, weil er zu so später Stunde — 2.40 Uhr — noch entladen worden sei. Willig folgte die Besatzung des Wagens diesem Hinweis aus der Bevölkerung. Ergebnis längerer Ermittlungen: Weder am angegebenen Ort noch in der Umgebung war eine Spur nächtlicher Tätigkeit zu entdecken.

Als der Wagen zum Tatort zurückjagte, hatten die Frevler, die sich im Gebüsch des gegenüberliegenden Rathenauplatzes versteckt gehalten hatten, die Zeit genutzt und ihr Werk vollendet. Zu den weißen Inschriften waren weitere Schmähungen in roter Farbe und etliche Häkenkreuze gekommen. Auch Haus- und Türschilder an der Synagoge waren nun mit roter Farbe besudelt. Dazu später die Täter bei ihrer polizeilichen Vernehmung: „Wir wurden einige Male gestört. Gegen drei Uhr waren wir fertig. Wir gingen nach Hause.“

Der erste Alarm war von dem Primaner Klaus Rath ausgelöst worden, der mit Mutter und Großmutter nach dem Besuch der Christmette die noch feuchte Inschrift am Synagogen-Sockel entdeckt hatte. Mit praktischem Bürgersinn schlug die Großmutter vor: „Laßt uns das wegwischen.“ Indes, das Malerweiß war mit Papier nicht zu entfernen. Obwohl der Gabentisch zu Hause auf ihn wartete, alarmierte Klaus Rath die Polizei. Der amtliche Versuch, noch vor

* Die Banken sind verpflichtet, Mittel in Höhe eines von der Bundesbank bestimmten Prozentsatzes ihrer Einlagen als Mindestreserve unverzinst stillzulegen

Anbruch des ersten Weihnachtsfeiertags die Schmähchrift zu entfernen, scheiterte. Männer des stadtkölnischen Fuhrparks waren schon am Werke, die Provokationen abzuwaschen, als dem Führer des Polizeibegleitkommandos plötzlich Bedenken kamen, auf eigene Verantwortung einen Frevel ohne Einwilligung des Verletzten zu tilgen. Er klingelte also den Hausherrn, Gemeinderabbiner Dr. Zvi Asaria (vor Erlangung der israelischen Staatsbürgerschaft: Hermann Helfgott), 46, aus dem Bett und erstattete ihm über die Haus-Sprechanlage Meldung. Der Geistliche bewältigte die drei Etagen von seiner Privatwohnung im Synagogen-Anbau mit dem Fahrstuhl und gebot, mit den Säuberungsarbeiten unverzüglich einzuhalten: „Das will ich mir erst anschauen.“

Was er sehen mußte, dünkte ihn so schwerwiegend, daß er beschloß, nicht

(Beschimpfung einer „im Staate bestehenden Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechtes“) ein Ende setzen, dafür beruft sich der Rabbiner auf die Heilige Schrift. In den Zehn Geboten (Exodus 20.10) steht: „Aber der siebente Tag ist Feiertag dem ewigen deinem Gott, da sollst du keinerlei Werk verrichten, du und dein Sohn und deine Tochter, dein Knecht und deine Magd und dein Vieh, und dein Fremder, der in deinen Toren.“

Als der Sabbat am zweiten Weihnachtstag um 17.15 Uhr vorüber war, hatten sich die weißen und roten Farben vom Heiligen Abend mit dem Mauerwerk des Synagogensockels derart innig verbunden, daß selbst ein Sandstrahlgebläse die Inschrift nur mangelhaft zu tilgen vermochte. Sogar fünf Tage nach der Tat waren einzelne Worte noch deutlich zu lesen — ein Umstand, der den Rabbiner schon des-

wirkliches Ehrenmal im Sinne unserer Opfer“ zu ersetzen. Keßler drang damit nicht durch. Obwohl dieses Denkmal an der Kölner Hauptverkehrsader, dem Ring, liegt und der leere Farbtopf ostentativ davor stehengelassen wurde, blieb die Grabschändung 18 Stunden lang unentdeckt. Auch diesmal wieder erhielt die Polizei einen Hinweis aus der Bevölkerung.

Sei es durch die Fingerabdrücke an diesem Farbtopf, sei es durch die nun vollständige Farbkombination, schwarz und weiß-rot — jedenfalls faßte die Kölner Kripo in Rekordzeit die Täter: zwei Jungmänner aus den Reihen der schwarzweiß-roten Deutschen Reichspartei. DRP-Kamerad Arnold Strunk, 25, Bäckergeselle, wurde am ersten Weihnachtstag gegen 17 Uhr in seiner Wohnung im Hause Brüsseler Platz 19, DRP-Kamerad Paul Josef Schönen, 25, kaufmännischer Angestellter, um 18.30 Uhr in einem grünen Volkswagen auf offener Straße festgenommen.

Der Wagen gehörte Vater Schönen, einem ehrbaren Druckereibesitzer, der Druckaufträge der Synagogengemeinde ausführte und auch Hauswirt des Mittäters Strunk ist. Er hat sich inzwischen von Sohn und Mieter losgesagt.

Für die Glanzeleistung der Kölner Kripo, die binnen weniger Stunden aus Zehntausenden registrierter Fingerabdrücke die Kapillar-Linien der beiden Anstreicher herausgefunden haben will (beide sind vorbestraft und werden deswegen in der Kartei geführt) — für diese Glanzeleistung hat der mit dem kriminalpolizeilichen Erkennungsdienst offenbar gut vertraute stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Reichspartei, Adolf („Bubi“) von Thadden, 38, eine ganz andere Erklärung. Sagt Thadden: „Die Kriminalpolizei hatte im (rund dreißig Mann starken) Kreisverband Köln der Deutschen Reichspartei Gewährsleute.“

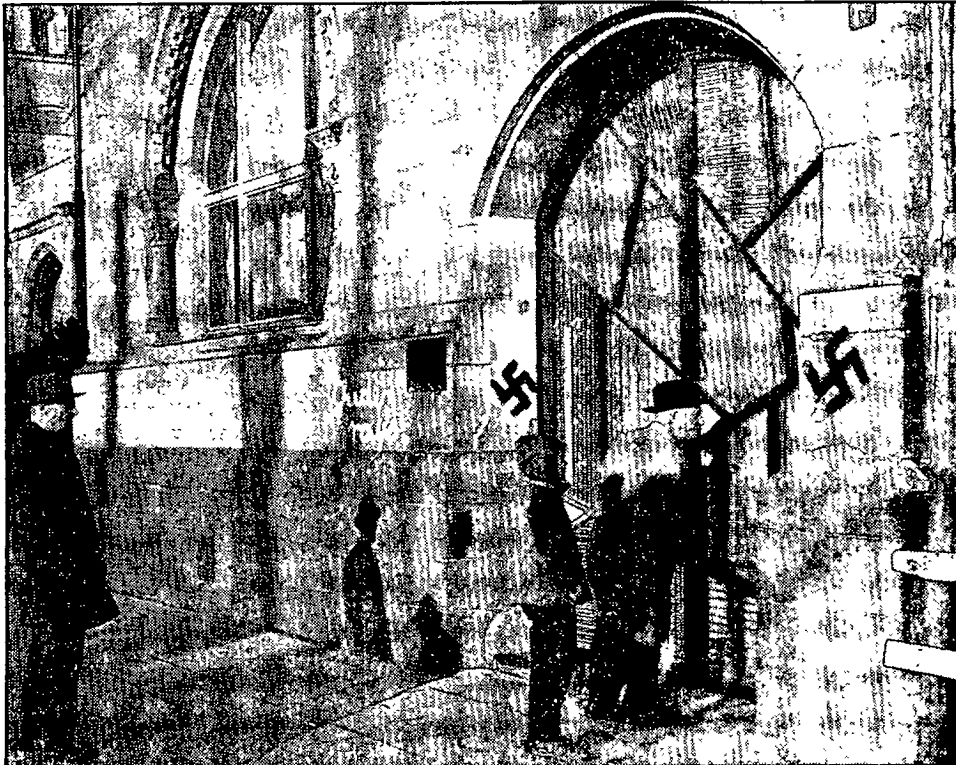
Thadden stützt diese von der Kölner Kripo entrüstet zurückgewiesene Behauptung auf ein anderes Abenteuer mit der Kölner Polizei. Ein DRP-Kamerad, der ohne Genehmigung, aber unentdeckt Parteiplakate in Köln geklebt hatte, habe eines Tages aus heiterem Himmel einen Strafbefehl über 50 Mark erhalten. Auf die Proteste des wilden Klebers erklärte — laut Thadden — die Polizei, sie wisse von solcher Straftat durch ihre V-Leute bei der DRP.

Am Tag vor Silvester ergab sich, daß die Polizei möglicherweise weder durch Fingerabdrücke noch durch V-Leute der Täter habhaft wurde, sondern durch einen schockierten DRP-Mann.

Bei einer Weihnachtsfeier der Kölner Reichsparteiler am 18. Dezember hatten Schönen und Strunk — in Gegenwart ihres Kreisvorsitzenden Custodis — bramarbasiert, sie wollten Hakenkreuze an die Synagoge malen. Niemand nahm die beiden Angeber, die sich bisweilen auch mit SED-Parteiabzeichen dekorierten, so recht ernst. Selbst einfältigen DRP-Menschen mußte klar sein, daß solche Tat die Existenz der Partei gefährden werde.

Die beiden machten ihre Ankündigung trotzdem wahr, und prompt zog sich das Unheil über ihrer Partei zusammen. Die beiden Missetäter saßen bereits seit Stunden hinter Schloß und Riegel — Schönen hatte bereits gestanden —, da hub der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Josef-Hermann Dufhues, vor den Bildschirmen des Deutschen Fernsehens zu einer weihnachtlichen Kriminalshow an: Dufhues setzte für die Ergreifung der — schon gefaßten — Täter eine Belohnung von zehntausend Mark aus.

Der Minister, der seine Parteikarriere seit langem voranzutreiben trachtet, stellte sich während der Feiertage im Fernsehen



Geschändete Kölner Synagoge: Der Rabbiner vergab

eigenmächtig zu handeln und den Tatort einstweilen unverändert zu lassen. Der Rabbiner wollte sich erst mit dem stellvertretenden Vorstand der Kölner Synagogen-Gemeinde, dem SPD-Stadtverordneten Sally Keßler, beraten.

Der Kommunalpolitiker verbrachte die Feiertage jedoch fern von Köln in der Abgeschiedenheit des Bergischen Landes, so daß es bis zum späten Abend des ersten Weihnachtsfeiertages (Freitag) dauerte, ehe Keßler, durch eine Sondersendung des Deutschen Fernsehens alarmiert, in der Kölner Synagoge ankam.

Gegen 23 Uhr verständigte Keßler das Polizeipräsidium von dem Ergebnis seiner Beratungen mit dem Gemeinderabbiner: Die Sudelei dürfe entfernt werden, allerdings erst nach dem Sabbat, der nach jüdischem Ritus an diesem Freitag, 45 Minuten vor Sonnenuntergang, also lange vor Keßlers Anruf im Polizeipräsidium, begonnen hatte und bis Sonnabendnachmittag, 17.15 Uhr, dauern würde. Der Sabbat schreibt für Strenggläubige strikte Arbeitsruhe vor.

Daß diese Sabbat-Bestimmung auch dann gelten soll, wenn nichtjüdische Arbeitskräfte mit maschinellen Hilfsmitteln — Sandstrahlgebläsen — einem Vergehen nach Paragraph 166 des Strafgesetzbuches

wegen nicht sonderlich bedrückte, weil ihm in Telegrammen von Glaubensbrüdern aus dem Ausland ohnehin geraten worden war, die Sudeleien als Menetekel eine Zeitlang stehen zu lassen. Die Kunde hatte sich mit Windeseile um die Welt verbreitet. Die Gattin Zvi Asarias rief erregt aus Tel Aviv in Köln an und beschwor ihren Mann, Deutschland sofort zu verlassen.

Während man die Untat an der Synagoge rasch entdeckte, doch spät beseitigte, wurde ein anderer Frevel derselben Täter spät entdeckt, doch rasch beseitigt: beyor die Frevler sich mit weißer und roter Farbe an den Tempel herannähten, hatten sie nämlich über einer Grabplatte für sieben prominente Opfer der Gestapo einen Topf schwarzer Lackfarbe ausgegossen und dadurch die Inschrift ausgelöscht: „Dieses Mal erinnere an Deutschlands schmachvollste Zeit 1933—1945.“

Der Stadtverordnete Keßler, das einzige jüdische Mitglied der Stadtvertretung, hatte 1957 im Kölner Stadtparlament beantragt, dieses Grabmal als „Stein des Anstoßes“, nämlich Ausdruck einer Kollektivschuld, zu entfernen und durch „ein

* „Die 24 Bücher der Heiligen Schrift“ in der Übersetzung von Zunz. Viktor Goldschmidt-Verlag, Basel.

insgesamt dreimal als erfolgreicher Politiker. Er untersagte Kölns Polizei und Staatsanwaltschaft jede Presseerklärung und hielt statt dessen selber Pressekonferenzen ab.

Der im öffentlichen Auftreten gewandte Innenminister setzte am Montag vergangener Woche beim Landeskriminalamt in Düsseldorf eine Sonderkommission ein, um „... Zusammenhänge aufzuklären, die vielleicht zwischen der Kölner Tat und anderen antisemitischen Vorfällen der letzten Jahre bestehen“.

Dufhues hat bereits einmal im letzten Jahr, nämlich im Frühling 1959, zu diesem unverbindlichen Mittel gegriffen, um Aktivität vorzuzeigen. Auch damals hatte Dufhues eine „Sonderkommission“ beim Landeskriminalamt gebildet, die etwaige Zusammenhänge zwischen „diesen verschiedenen Vorfällen“ feststellen sollte. Die Vorfälle: In der Nacht vom 16. zum 17. Januar 1959 waren Hakenkreuze auf die Türen der Synagoge und auf einen Gedenkstein gemalt worden.

Dufhues hatte für die Ermittlung der Täter eine Belohnung von zehntausend Mark ausgesetzt. Unter großem Aufwand wurde ein junger Kommunist als dringend verdächtig verhaftet, der erst Monate später in Sachen Synagogenschändung außer Verfolgung gesetzt wurde, weil ihm die Tat schließlich doch nicht nachzuweisen war. Statt dessen wurde er mit einem Verfahren wegen kommunistischer Geheimbündelei bedacht. Der wahre Synagogenschänder ist bis heute unbekannt.

Obgleich Minister Dufhues mit Sonderkommissionen so triste Erfahrungen gemacht hat, ist er nun doch entschlossen, der Deutschen Reichspartei wegen der Kölner Vorfälle den Garaus zu machen. Er hofft, dem Bundesverfassungsgericht diesmal handfestere Argumente für ein Parteiverbot andienen zu können, als es die Bundesregierung vor Jahren konnte.

Am 1. September 1953 hatte das Bundeskabinett schon einmal beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der Deutschen Reichspartei zu beantragen. Initiator dieses Antrages war Bundeskanzler Konrad Adenauer gewesen: In einer hannoverschen Wahlrede hatte er verkündet, die DRP sei verfassungsfeindlich.

Für die DRP war Konrad Adenauers Verdammungs-Urteil so kurz vor der Bundestagswahl ein so schweres Handikap, daß sie vor dem Landgericht Hannover eine Einstweilige Verfügung gegen den Kanzler beantragte. Das Gericht untersagte dem Bundeskanzler tatsächlich am 3. September 1953 unter Androhung von Strafe, die DRP als „verfassungsfeindlich zu bezeichnen“.

Erst im April 1954 stand die Hauptverhandlung wegen der Einstweiligen Verfügung der DRP kontra Adenauer beim Landgericht Hannover an. In dieser Lage kam dem Anwalt des Kanzlers die Idee, zu beantragen, das Gericht möge der DRP die Auflage erteilen, von sich aus ein Feststellungsverfahren auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu betreiben.

Angesichts der Kostspieligkeit eines solchen Verfahrens liegt die Vermutung nahe, daß die Kanzler-Seite an ihren Antrag die Hoffnung knüpfte, der DRP werde es an den nötigen Geldmitteln fehlen. Die Reichsparteiler brachten die erforderlichen Mittel jedoch rasch zusammen und klagten, wie verlangt, selber auf Feststellung ihrer Verfassungsmäßigkeit. Das Gericht beeilte sich ebenfalls und bestimmte den Verhandlungstermin für den Monat Mai. Drei Tage vor dem angesetzten Termin schickte des Kanzlers Staatssekretär Dr. Hans Globke den Münchner Rechtsanwalt Dr. Rudolf

Aschenauer, der sich als Verteidiger ehemaliger NS-Größen einen Namen gemacht hat, zu Vergleichsverhandlungen mit der DRP nach Hannover.

Der Vergleich kam zustande: Der Kanzler verzichtete auf eine Feststellung der Verfassungswidrigkeit der DRP, die Reichspartei auf die Einstweilige Verfügung gegen den Kanzler. Die Kosten wurden geteilt.

Damit war nun für Konrad Adenauer die Peinlichkeit ausgestanden, vor Gericht öffentlich zugeben zu müssen, daß er keinerlei Beweise für die von ihm behauptete Verfassungswidrigkeit der DRP besitze. Aber die Reichspartei war nach wie vor von der in Bonn inzwischen beschlossenen Karlsruher Verfassungsklage bedroht. Zur Vorbeugung tüftelten die Reichsparteiler nun einen Beschluß aus, den sie in die Parteisatzung aufnahmen:

▷ „Wer als Mitglied der DRP Bestrebungen unternimmt oder fördert, die gegen



Schönder Strunk
Zusammenhänge?

die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte demokratischer Ordnung verstoßen, wird... aus der Partei ausgestoßen.“

Der Bundesinnenminister — inzwischen hatte Dr. Gerhard Schröder den Robert Lehr abgelöst — reagierte prompt:

▷ „... teile ich mit, daß ich nach der bisherigen Entwicklung in der DRP davon Abstand nehme, einen Antrag gemäß Art. 21 GG gegen die DRP an das Bundesverfassungsgericht zu richten, solange sich die DRP an die... gefaßten Beschlüsse und Richtlinien hält.“

Jetzt, fünf Jahre nach diesem faulen Kompromiß, hat Bundesinnenminister Gerhard Schröder, von Dufhues überrundet, seine Verfassungsschutzämter angewiesen, die Tätigkeit der DRP daraufhin zu überprüfen, ob nun nicht doch ein Verbotsantrag beim Karlsruher Bundesverfassungsgericht gestellt werden kann.

NRW-Innenminister Dufhues war indes nicht geneigt, sich von Gerhard Schröder an Tatkraft übertreffen zu lassen. Für ihn bedurfte es nicht erst umständlicher Überprüfungen, um den in seinem Haus versammelten Journalisten zu erklären, es sei „heute schon mit Sicherheit anzunehmen, daß maßgebende Persönlichkeiten der Köl-

ner DRP von dieser Schmier-Aktion vorher gewußt haben“.

Tatsächlich waren inzwischen vier Führungskräfte der knapp drei Dutzend Mann starken Kölner DRP vorläufig festgenommen worden. Der vierte, nämlich der Vorsitzende des Kreisverbandes Köln der Deutschen Reichspartei, Ernst Custodis, 41, wurde unter dem dringenden Verdacht der Beihilfe an der Synagogenschändung in Haft genommen.

Trotz seines hohen Parteiamtes ist Custodis der dienstjüngste DRP-Kamerad in Köln und Umgebung. Der frühere Schneidergeselle Custodis, der als Landser bei Smolensk durch Schrapnell-Splitter eine partielle Lähmung der linken Hand davontrug, hat für Ehefrau und Kinder zu sorgen, die von ihm getrennt leben, außerdem für seine jetzige Lebensgefährtin und deren Nachkommen sowie für seine Mutter, die bei ihm in dem nicht sonderlich gepflegten dritten Stock der Kölner Altbauwohnung Lütticher Straße 12 lebt.

Nachdem er Anfang letzten Jahres seine Stellung als kaufmännischer Angestellter der Knapsack-Griesheim-AG wegen seiner familiären Verhältnisse verloren hatte, war er arbeitslos, bis er Ende vergangenen Jahres bei einem gutkatholischen Unternehmen sein Auskommen fand. Auch hier endete seine Tätigkeit abrupt kurz vor Weihnachten, da sein illegitimes Zusammenleben ruckbar geworden war. Den Arbeitslosen Custodis, der sich bis dahin parteipolitisch nicht betätigt hatte, trieb es am 28. Oktober 1959 in das kleine Häuflein der Kölner DRP-Kameraden.

Neuling Custodis wurde, da er nichts Besseres zu tun hatte, unverzüglich ins höchste Parteiamt der DRP in der drittgrößten Stadt der Bundesrepublik berufen — als achter Kreisvorsitzender innerhalb kurzer Zeit. Am Abend des ersten Weihnachtsfeiertags, 20 Stunden nach dem Anschlag auf die Synagoge, kam es zu einer erregten Auseinandersetzung in der Wohnküche des Custodis, die wie üblich nach Herausräumen des Kinderstallchens der jüngsten Sprößlinge zum Beratungszimmer der Kölner DRP-Führung geworden war.

Die Synagogen-Schändung — im Kölner DRP-Jargon „Judenfrage“ — wurde erörtert, bis Custodis wachsbleich aufsprang und mit Enthüllungen vor der Presse drohte. Ein DRP-Kamerad namens Bieber meldete sich aus der Küchecke und schrie: „Stille, Mensch, halt die Schnauze!“

Auf präzise Fragen der Kameraden, ob Custodis etwa die Täter bei der Polizei angezeigt habe, konnte sich der Kreisvorsitzende weder zu einem Ja noch zu einem Nein durchringen.

Der DRP-Vorsitzende Meinberg hat den ganzen Kölner Kreisverband wegen antisemitischer Tendenzen umgehend aufgelöst.

Geschick hatte die DRP vor einiger Zeit einen Notstandsparagraphen in die Parteisatzung eingebaut, dessen Nützlichkeit sich jetzt im Fall Köln erwiesen hat.

Der Paragraph 15 lautet: „Liegen ernsthafte Anlässe für die Annahme vor, daß eine Aktion unter Mitwirkung von Parteimitgliedern versucht wird, durch die die Partei im Sinne einer ihren Grundsätzen widersprechenden Richtung beeinflusst werden soll, oder ihre Organisation unter die Vormundschaft parteifremder Elemente gebracht werden soll, dann kann die Parteileitung den Zustand des organisatorischen Notstandes ausdrücklich feststellen. In plötzlich auftretenden Fällen, in denen eine sofortige Maßnahme zur Abwendung einer öffentlichen Gefahr für den Bestand der Partei notwendig erscheint, kann der Partei-Vorsitzende diese Feststellung von sich aus treffen.“ Der Vorsitzende traf die Feststellung, und

innerhalb von vier Wochen muß der DRP-Vorstand nun entscheiden, ob Meinberg angesichts der ministeriellen Verbotsdrohung recht getan hat.

Eine Entschuldigung für Schönen und Strunk fand bisher nur der Hauptbetroffene, der Kölner Gemeinderabbiner Dr. Zvi Asaria. Schon in seinem zur Einweihung der besudelten Synagoge erschienenen Werk „Die Juden in Köln“* hatte er geschrieben: „Während der fünf Jahre, die ich in Köln bin, hat es ja auch hier an Ausschreitungen antisemitischer Art nicht gefehlt... Aber die Ermittlungen ergaben immer, daß es sich um Kinder oder junge Menschen handelte, die oft keine gute Erziehung genossen haben. Auf Organisationen ist man nirgendwo gestoßen, auch hat man keine einleuchtenden Begründungen geben können.“

Nach der Synagogen-Schändung lehnte es der Rabbiner ab, eine offizielle Stellungnahme zu geben: „Das ist nicht unsere Aufgabe.“

In vertrautem Kreise äußerte er jedoch: „Man fragte mich, was ich mit den beiden jungen Menschen machen würde: Ich hätte sie zum Essen eingeladen und ihnen ins Gewissen geredet, weil ich in diesen jungen Menschen nicht die Urheber sehe.“

* „Die Juden in Köln — von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart“, herausgegeben von Dr. Zvi Asaria; Verlag J. P. Bachem, Köln; 1959.

OBERLÄNDER

Wahrheit über Lemberg

In den nächsten Wochen wird der deutsche Büchermarkt um ein Druckerzeugnis bereichert werden, das im westdeutschen Sieben-Sterne-Verlag erscheinen und letztgültig die Frage beantworten soll, was Bundesvertriebenenminister Oberländer, einer der intellektuellen Urheber nationalsozialistischer Ost-Raumpolitik, mit den Massakern zu tun hat, die zwischen dem 30. Juni und dem 7. Juli 1941 in Lemberg stattfanden.

Obgleich das Manuskript dieses Buches noch nicht fertiggestellt ist, steht die Antwort auf diese delikate Frage schon fest.

Der Fall Oberländer war Mitte letzten Jahres von der kommunistischen Propaganda hochgespielt worden. In Moskauer und Ostberliner Publikationen tauchten Zeugenaussagen auf, nach denen ein deutscher Offizier namens Oberländer 1941 in Lemberg für die Ermordung polnischer Intelligenzler und Juden verantwortlich gewesen sei (SPIEGEL 49/1959). In der Tat diente der heutige Bundesminister damals als Oberleutnant, Dolmetscher und Sachverständiger für „Fragen der Behandlung von Menschen anderen Volkstums“ bei dem Ukrainerbataillon „Nachtigall“, das zusammen mit den Deutschen in Lemberg einmarschiert war.



Nachtigall Oberländer
Kein einziger Schuß

Am 30. September 1959 suchte sich Theodor Oberländer in einer Bonner Pressekonferenz dagegen zu wehren, daß seine Person mit den Lemberger Morden in Verbindung gebracht wurde. Beim Einzug der Nachtigallen sei „kein einziger Schuß“ gefallen. Es sei vielmehr so, daß die Sowjets vor ihrem Abzug die gräßlichen Taten verübt hätten.

Diese letzte These des Ministers fand bald darauf, im Oktober letzten Jahres, unerwartete Unterstützung in einem Artikel der holländischen Zeitschrift „Elseviers Weekblad“. Der Verfasser, der holländische Journalist Joop Zwaart, wußte sogar den Sowjetmenschen zu benennen, der in Wahrheit verantwortlich gewesen sei: Niemand anders als Nikita Chruschtschow, seinerzeit Generalsekretär der ukrainischen KP, habe die Massenerschießungen befohlen, getreu einem Stalin-Befehl, alle politischen Gefangenen zu töten, die beim Rückzug nicht mitgenommen werden konnten.

Joop Zwaart wußte Zeugen für seine Ansicht zu benennen: Er saß unter Hitler als prominenter Sträfling im KZ Sachsenhausen ein und hatte dort als erster Lagerdolmetscher — auch für Russisch — Kontakt zu ukrainischen, polnischen und jüdischen Häftlingen, die im Sommer 1941 in Lemberg gewesen waren.

Sein trauriges Kriegsschicksal hat den holländischen Sozialisten und Journalisten Zwaart nach dem Krieg in die Reihen der „Union des Résistants pour une Europe Unie“ (Urpe) geführt, die sich von anderen Widerstandsorganisationen durch einen betont antikommunistischen Drall unterscheidet und den abendländischen Raum zum Beispiel durch eine souveräne Ukraine komplettiert sehen möchte.

Neben solchen ideellen Zielen verfolgen die organisierten ehemaligen Widerstandskämpfer des Auslands auch materielle Interessen. Bei ihnen ist weithin der Eindruck verbreitet, die Bundesrepublik Deutschland tue nicht genug, um die ausländischen ehemaligen Widerstandskämpfer wenigstens soweit für erlittene Unbill zu entschädigen, wie Geld es vermag.

Regen Anteil an solchen Problemen — den ideellen und den materiellen — nimmt naturgemäß auch der Generalsekretär der deutschen Sektion der Urpe, Oberst außer Dienst Wolfgang Müller, ein Offizier, der sich bis zum 20. Juli 1944 in Hitlers Wehr-

1960 - BRANDT REGIERT DIE STUNDE

Das Verlagshaus Axel Springer hat der interessierten Öffentlichkeit an der Jahreswende ein politisches Horoskop für das Jahr 1960 präsentiert. Die Engagements des Verlagshauses reichen von der Tageszeitung mit absolutem Anspruch „Die Welt“ (Werbeslogan „Es stand in der ‚Welt‘“) bis zu der Wochenendpostille „Das Neue Blatt“ (Zeitschriftendienst der Arbeitsstelle für Zeitschriftenberatung: „Nur noch den dumpfsten Instinkten gewidmet“). Als Vehikel für das „Horoskop 1960“, gestellt vom Hausastrologen des Verlags, Hans Genuit, dient die um gehobenes Unterhaltungsniveau bemühte Springer-Illustrierte „Kristol“ mit ihrer Druckauflage von knapp 500 000 Exemplaren. Astrologe Genuit schließt sich der Wiedervereinigungs-Evangelisation und Ulbricht-Beschwörung an, der sich die Leitartikler des Hauses hingeben, und prognostiziert für das Jahr 1960:

1960 wird ein Marsjahr sein. Bei Mars denkt man unwillkürlich an Krieg. Im Marsjahr 1939 brach der letzte große Weltkrieg aus. Der Koreakrieg begann 1950 bei äußerst starken Marsenflüssen. Aber im Erdhoroskop für 1960 steht der Planet Mars an so unwesentlicher Stelle, daß seine Einflüsse kein größeres kriegerisches Geschehen auslösen können. Der Kriegsplanet Mars löst einseitige Bindungen auf und hilft neue, vernünftige schaffen. Der Unsinn des Krieges wird mehr und mehr erkannt...

Der Friedensplanet Jupiter beherrscht das ganze Jahr und wird sich bis Ende Juni 1960 auswirken... Ab 23. September 1960 werden im Hinblick auf das harmonische Zusammenleben der Völker bemerkenswerte und zum Teil völlig neue Resultate erzielt. 1960 wird im Zeichen des Jupiter ein Jahr der Friedensverhandlungen mit durchaus positiven Vorzeichen...

In der Berlin-Frage kommt es zu keiner negativen Entwicklung, aber auch noch nicht zu einer endgültigen Lösung. Rußland wird bestrebt sein, die Berlin-Frage zu lösen, sobald die russische Angst vor einem westlichen Angriffskrieg verschwindet, und dafür besteht berechtigte Hoffnung.

Das Horoskop Berlins und das seines Regierenden Bürgermeisters Brandt haben sehr gute Einflüsse, die eine ernsthafte Bedrohung ausschließen.

Brandt wird im politischen Leben mehr und mehr eine führende Rolle spielen.

Das Problem der Wiedervereinigung wird 1960 vorangetrieben. Die Einflüsse für eine Regelung sind günstig. Ob sie entsprechend genutzt werden oder nochmals im Sande verlaufen, ist eindeutig nicht feststellbar. Aufgrund meiner Berechnungen habe ich schon seit Jahren die These vertreten, daß Rußland an dem Staatsgebilde der Sowjetzone gar nicht interessiert ist. Es ist nur daran interessiert, zwischen sich und dem Westen eine Sicherheitszone zu haben. Viele Einflüsse deuten darauf hin, daß eine urplötzliche Lösung dieses ganzen Problems in der Luft liegt.

Die sogenannte DDR — ein Horoskop mit stärksten Spannungen. Es wird zu finanziellen und wirtschaftlichen Krisen kommen. Todesfälle führender Persönlichkeiten werden die Politik verändern und wichtige Geschehnisse die Weltöffentlichkeit beschäftigen. Rücksichtslos wird oft ein harter Kurs verfolgt, aber die Bevölkerung wird sich dem Druck nicht beugen und sich noch mehr als in den letzten Jahren zu Gesamtdeutschland bekennen. Die Kluft zwischen Zonenregierung und Volk wird stark zunehmen. Mit größter Wahrscheinlichkeit wird die Auflösung dieses Staates bis Frühjahr 1961 deutlich erkennbar sein. Diese Entwicklung wird durch die Beseitigung weltpolitischer Probleme zwischen Amerika und Rußland hervorgerufen.